

Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Organisation von Gemeineigentum

Von der Tragedy of the Commons zu deren Benefits

Common Property Regime basieren auf akzeptierten sozialen Normen und Regeln über die gemeinschaftliche Nutzung von natürlichen Ressourcen wie z.B. Wäldern oder Wasserressourcen. Sie haben sich vielerorts nicht nur als gerecht und flexibel, sondern auch als effizient und stabil erwiesen.

Von Lilo Fischer

Schon 1968 prägte Hardin mit seinem gleichlautenden Artikel die Diskussion um die natürlichen Ressourcen, die durch eine Rivalität in der Nutzung einerseits (i.e. genutzte Einheit des A steht B nicht mehr zur Verfügung) und durch die (technische) Unmöglichkeit, den Ausschluß zu praktizieren andererseits gekennzeichnet sind. Das Zusammenspiel dieser beiden Eigenschaften bildet den Ursprung der Tragik: der Wettlauf um Erträge bei fehlendem Anreiz, Nutzungskosten, wie sinkende Regenerationsfähigkeit, zu berücksichtigen, führt zur Übernutzung. Die Theorien, die diese Sicht verstärkten, bilden das Gefangenendilemma und Olsons „Logik der kollektiven Aktion“. Bei diesen Ansätzen handelt es sich jedoch um „unmanaged“ Commons, die auch als open-access Ressourcen (sozusagen freier Zugang für alle) bezeichnet werden. Daß hier Pessimismus bezüglich der nachhaltigen Nutzung angebracht ist, ist unumstritten. Die Gleichsetzung von Common Property Ressourcen (CPR) und open-access Ressourcen hat sich insbesondere im deutschsprachigen Raum lange gehalten. So liegt die Tragödie auch darin, die Kooperationsfähigkeit von Nutzergemeinschaften mangels Differenzierung der Begriffe der „unmanaged“ und der „managed“ Commons grundsätzlich in Frage zu stellen.

Im Common Property schließt eine identifizierbare Gemeinschaft interdependenter Nutzer Außenstehende aus, während sie die Nutzung durch die Mitglieder innerhalb der (meist lokalen) Gemeinschaft reguliert. Die Common Property Rights bilden damit eine spezielle Kategorie von Eigentumsrechten. Sie sichern den Individuen gleichen Zugang zu den Ressourcen, auf die sie gemeinsame bzw. kollektive Ansprüche (i.e. Rechte auf die Erträge aus der Nutzung) haben. Im Gegensatz zum Staatseigentum gehört somit die betreffende Ressource den Mitgliedern dieser Gemeinschaft. Wie wichtig die Unterscheidung

von Staats- und Gemeinschaftseigentum ist, zeigen Beispiele der Verstaatlichung von Wäldern aus der Geschichte Thailands, Nepals und dem Niger. Diese institutionelle Änderung führte mangels wirksamer Kontrolle durch die Regierung in vielen Fällen zwar zu de jure staatlichem Eigentum, de facto entstand jedoch damit einhergehend open access.

Für die abgegrenzte Gruppe stellt das Common Property im Grunde „Privateigentum“ dar. Gemeinsam ist ihnen der Ausschluß von Nicht-Eigentümern. Der entscheidende Unterschied liegt in der Nicht-Übertragbarkeit der Nutzungsrechte und in deren Zweckbindung, d.h. die Mitglieder haben neben Rechten zur Nutzung auch Pflichten inne.

Common Property Regime bieten die Chance, vielfältig Nutzen für die Gemeinschaft entstehen zu lassen. Die garantierte Zugangsberechtigung ist Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts. Der Beitrag zu Beschäftigung, Einkommensbildung, Nahrungsangebot und Vermögensbildung vermindert Einkommensdisparitäten. Darüber hinaus bringt eine kollektive Bereitstellung von Infrastruktur und Wartung verbesserte Bewirtschaftungspraktiken hervor und kann die Abhängigkeit von ressourcenspezifischen Zyklen mindern helfen. Der gleichberechtigte Zugang und insbesondere konsenterte Regeln stellen zudem ein geeignetes Mittel zur Konfliktlösung dar und senken die Transaktionskosten, die zu ihrer (meist zweckgebundenen) Durchsetzung notwendig sind. Die langfristigen sozialen und ökologischen Beiträge der CPRs bestehen zum einen in ihrer Funktion als Bindeglied zwischen Individuum und Gesellschaft und somit einem integrierten Teil der lokalen Kultur. Zu jagen, zu fischen oder Früchte zu ernten wird in diesem Fall eher zum Lebensstil als zum Mittel der Einkommenssicherung. Zum anderen spielt in Common Property Regimen der Ressourcenerhalt eine wesentliche Rolle, da jedes Mitglied der

Ressource nur soviel entnimmt, wie er/sie zum Leben braucht. Die herausragende Bedeutung der Common Property Regime manifestiert sich damit in deren Fähigkeit, Ressourcen ökologisch nachhaltig zu bewirtschaften und die Ressourcenproduktivität über Generationen stabil zu halten. Gerade in den Fällen, in denen sich die Ressource durch Heterogenität auszeichnet und stets klimatischen Veränderungen ausgesetzt ist, wird die diversifizierte Nutzung und die Schonung ökologisch fragiler Landstriche wichtig. Privateigentum führt indes häufig zu Monokulturen und kann damit eine solche wichtige Funktion im Gegensatz zum Common Property nicht erfüllen. Vor allem bestehen im Gegensatz zum open-access Anreize zur effizienten und nachhaltigen Nutzung.

► Zum Entstehen von Kooperation

Die Ressourcengemeinschaften setzen sich i.d.R. sehr heterogen zusammen, doch stellen sie eine soziale Einheit mit

- einer begrenzten Mitgliederzahl,
- klar definierten personellen oder räumlichen Grenzen,
- bestimmten gemeinschaftlichen Interessen,
- einem Mindestgrad an Interaktion unter den Mitgliedern (interpersonell),
- gemeinsamen kulturellen Normen und
- ihren meist eigenen endogenen Autoritätssystemen dar.

Die Essenz fortwährender Kooperation innerhalb der Nutzergemeinschaft bildet ein geeignetes Autoritätssystem. Es muß auf zwei Ebenen funktionieren: Zunächst müssen die Eigentumsrechte des Regimes selbst gegenüber dem weiteren politischen und ökonomischen Umfeld Legitimation besitzen – im Idealfall nutzt der Staat seine Autorität, um die Gemeinschaft dabei zu unterstützen, Nicht-Berechtigte fernzuhalten. Innerhalb der Nutzergemeinschaft vermag der moralische Zwang (Konformitätsdruck) die Mitglieder zu einer regelkonformen Nutzung zu bringen. Neben ökonomischen Anreizen stellt der Zwang zur Konformität mit Gruppennormen ein geeignetes Mittel zur Sanktionierung unsocialen Verhaltens dar. Hat jemand keine Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft, so hat er im Common Property Regime auch keine Rechte. Die Idee dahinter ist die der Kooperation und des Konsenses. Der erste Schritt zur Kooperation bildet meist die Einsicht, den Nettutzen einer Gemeinschaft durch Behebung bestehender Externalitäten erhöhen zu können.

Die steigende Nachfrage nach einem bestimmten Verhalten verlangt nach der Sanktionierung des als „anormal“ angesehenen Verhalten. Weitere Faktoren, die Kooperationswilligkeit fördern, können ein drohender Kollaps der Ressourcenbasis, ein schon bestehender Grad an Gemeininteresse gepaart mit erweitertem Bewußtsein oder besserer Information sowie eine charismatische Führerschaft sein.

Der Prozeß funktioniert indes im allgemeinen über die Institutionalisierung eines Basisgemeinschaftswertes, der das individuelle und kollektive Verhalten beeinflusst und hierüber zu einer „moralischen Gemeinschaft“ führt, die den Wert zur Norm erhebt. Das entstehende Regel- bzw. Autoritätssystem senkt nicht nur Transaktionskosten, sondern bestimmt auch das zu erwartende Verhalten der Mitglieder. Regeln, die in erster Linie zur Konfliktvermeidung dienen, legen gleichzeitig den Beitrag oder die Pflichten des Einzelnen fest, um an der Ressourcennutzung partizipieren zu können (so auch in den Fällen, wo kollektive Arbeit im Produktionsprozeß erforderlich ist). Entsprechende Verpflichtungen hinsichtlich der Aufteilung der Erträge sowie gegenseitige Hilfe können dabei wichtige Eckpunkte für das Überleben der Gruppe bilden. So bestehen häufig soziale Sanktionen gegenüber einer exzessiven Nutzung und der Anhäufung von Gewinnen.

Nach Axelrod fördern u.a. folgende Interaktionsbedingungen kooperatives Verhalten: Ein zunehmender „Verwandtschaftsgrad“ macht die soziale Interaktion wichtig, ein häufigeres Zusammenreffen (Reziprozität) läßt Erfahrungen wie Erwartungen in die gewählte Strategie miteinfließen. Die Reziprozität (Prinzip des Gebens und Nehmens bzw. des Eingehens gegenseitiger Zustände) bildet den wichtigsten Ansatz, um die Ergebnisse des Gefangenendilemmas für unseren Fall zu relativieren: die Bereitschaft zu kooperieren ohne zentrale regulierende Autorität entsteht erst, wenn das „Spiel“ unbegrenzt oft wiederholt bzw. die letzte stattfindende Interaktion zu einem unsicheren Zeitpunkt stattfinden wird. Dies trifft auf die Realität im Common Property Regime zu. Um den strategischen Hintergrund für „faire“ Interaktionen zu fördern, bietet sich an:

- die Zeitpräferenzrate (sofortige gegenüber zukünftigen Auszahlungen bevorzugt) zu senken bzw. die Wahrscheinlichkeit des gegenseitigen Aufeinandertreffens zu erhöhen,
- eine Regelverletzung zu defavorisieren, indem die Strafe so hoch gesetzt wird, daß

Rahmenbedingungen

Die erfolgreiche Organisation von Gemeininteressen hat umso größere Aussicht auf Erfolg (8), je:

- kleiner und eindeutiger die Grenzen der CPR definiert sind,
 - höher die Kosten der Exklusionstechnologie sind,
 - größer die Überlappung von CPR und Lebensraum der Nutzer ist,
 - größer die aggregierte Nachfrage ist,
 - mehr die Ressource die Lebensgrundlage der Nutzer bildet,
 - besser die Nutzer über nachhaltige Erträge informiert sind,
 - kleiner die Zahl der Nutzer ist,
 - eindeutiger die Gruppe abgegrenzt werden kann,
 - mächtiger diejenigen sind, die vom langfristigen Ressourcenerhalt profitieren und je schwächer solche sind, die Untergruppenbildung oder Privateigentum bevorzugen,
 - besser Arrangements zur Konfliktvermeidung unter den Nutzern entwickelt sind,
 - wahrscheinlicher es ist, daß Versprechen bzw. gegenseitige Verpflichtungen eingelöst werden,
 - mehr gemeinschaftliche Regeln/Sanktionen bei Regelverletzungen schon für andere Zwecke bestehen,
 - größer die Aufdeckungswahrscheinlichkeit einer Regelverletzung ist,
 - mehr die Identität in der Gemeinschaft gefördert wird.
- Weitere Faktoren wie niedriger Bevölkerungsdruck, Isolation vom Marktgeschehen, begrenzte technologische und institutionelle Eingriffe, Unangemessenheit privater Risikoübernahme sowie Komplementarität von privaten und kollektiven Aktivitäten wirken begünstigend.

auch kurzfristig eine Kooperation aus Sicht des Einzelnen günstiger ist,

- Wiedererkennungsfähigkeiten anderer „Spieler“, ihre damaligen Strategien und Handlungen zu verbessern.

► Küstenfischerei in Maine

Im Fall der Küstenfischerin in Maine handelt es sich zwar de jure um eine open-access Situation (unbegrenzte Vergabe von Fanglizenzen), de facto ist hier jedoch - dank der Exklusion und Regulierung auf der Basis informeller Normen - ein Common Property Regime entstanden. Dieses Nebeneinander konnte den Hummerbestand seit 1947 - trotz anderslautender Vorhersagen - stabil halten. Den Rahmen hierfür bilden Regulierungsmaßnahmen des Bundesstaates: es darf nur eine bestimmte Größe gefangen werden, der Fang von schwangeren Hummerdamen und sonst gekennzeichneten Hummern ist ganz verboten, die Hummerfallen müssen mit Bojen und Farben markiert sowie mit der Lizenznummer kenn-

zeichnet werden. Eine Kontrolle erfolgt stichprobenweise. Beim Verstoß gegen diese Regeln wird die Lizenz entzogen. Die in der Zahl unbegrenzte Lizenzausgabe (de jure autorisierte Nutzer) kann jedoch weder den Zugang zur Fischerei noch den betriebenen Aufwand begrenzen. Daher wird de facto der Ausschluß durch ein System traditioneller Fischereirechte praktiziert: erst die Akzeptanz durch die Gemeinschaft („lobster gang“) ermächtigt einen Fischer innerhalb des traditionellen Fanggebietes („Hafenmaul“) auf Hummerfang zu gehen. Die Durchsetzung der Grenz-einhaltung und des Ausschlusses erfolgt durch außerökonomische Anreize, die vom Öffnen von Fallen bis hin zur Zerstörung der Fangausrüstung reichen.

► Eine Alternative?

Nutzergemeinschaften sind entgegen der Theorien kollektiver Aktionen sehr wohl fähig und bereit, Autoritätssysteme selbst zu schaffen und durchzusetzen. Je eher die genannten Rahmenbedingungen vorliegen, desto größer die Chance auf eine nachhaltige Entwicklung der CPR durch kooperatives Verhalten. In funktionierenden Common Property Regimen steht zudem nicht nur die Gewinnerzielung im Vordergrund der Ausbeutung, sondern daneben wird die Bewirtschaftung zum Lebensstil. Ein hierdurch erzielter „worker satisfaction bonus“ entschädigt für - auf den ersten Blick - ineffiziente Abbaumethoden. Bezieht man jedoch den Nachhaltigkeitsaspekt in die Effizienzüberlegungen mit ein, so hat sich die Kooperation in Common Property Regimen im so verstandenen Sinne durchaus als effizient erwiesen. Es bleibt die Hoffnung, daß im Rahmen einer ganzheitlichen ökologischen Ökonomie - speziell in der Ökonomie regenerativer Ressourcen - dem Common Property Ansatz ein gebührender Platz eingeräumt werden wird.

Anmerkung

Zu einer ausführlichen Darstellung und einem Literaturüberblick siehe: Fischer, L. (1996): „Die Common Property Debatte neu betrachtet - Von der „Tragedy“ zu den „Benefits“ der Commons“. Schriftenreihe des IÖW 104/96.

Die Autorin

Lilo Fischer arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsfeld Umweltökonomie und Umweltpolitik des IÖW Berlin
Kontakt: IÖW Berlin, Tel.: (030)88 45 94-0

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.